

PRESSEUNTERLAGE

zur Pressekonferenz der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko) am 5. Juni 2014

Teilnehmer/in:

Rektor **Heinrich Schmidinger**, Präsident der uniko, Rektor der Universität Salzburg
Rektor **Christoph Badelt**, Mitglied des uniko-Präsidiums, Rektor der Wirtschaftsuniversität
Martin Unger, Senior Researcher, Institut für Höhere Studien (IHS) Wien
Bianca Thaler, Researcher, Institut für Höhere Studien (IHS) Wien

Thema:

„Dropouts: Missverständnisse und Klarstellungen zum Studienabbruch – Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für die Hochschulpolitik“

Im vergangenen Jahr hat sich die **Österreichische Universitätenkonferenz (uniko)** dazu entschlossen, beim Institut für Höhere Studien (IHS) Wien eine Studie in Auftrag zu geben, um der Frage nachzugehen: „Was machen Dropouts einer Universität nach dem Studienabbruch?“ Die empirischen Ergebnisse des nunmehr vorliegenden Projektberichts auf Basis der Verknüpfung von Daten des Wissenschaftsministeriums, des Bundesrechenzentrums, des Arbeitsmarktservice (AMS), der Sozialversicherungen und von Statistik Austria kratzen vor allem am Klischee des „Dropout“. Die Auswertungen machen schmerzhaft deutlich, dass die bisherigen bildungs- und hochschulpolitischen Diskussionen vielfach auf verzerrten, missverständlichen oder unvollständigen Datengrundlagen beruhen. Daraus lässt sich Handlungsbedarf sowohl für die politischen Entscheidungsträger als auch für die Universitäten ableiten.

Appelle an die Hochschul- und Bildungspolitik. Die in der Studie aufgezeigten Probleme nimmt die Universitätenkonferenz daher zum Anlass, um an die Hochschul- und Bildungspolitik mehrere Appelle zu richten, zumal die Klärung gesellschaftspolitischer Grundsatzfragen bisher nicht stattgefunden hat – etwa wer für eine bessere Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Studium zu sorgen hätte. Dies gilt auch für die Frage, ob das Verhalten von nicht studienaktiven oder nicht prüfungsaktiven Personen politisch wünschenswert sei oder nicht. Letztlich ist die generelle Frage, ob Dropout als „Fehler des Systems“ begriffen werden oder darin auch ein Mehrwert erkennbar sei, nicht beantwortet.

Das derzeitige extrem liberale Studienrecht bewirkt allerdings hohe Kosten für die Universität. Wenn diese Liberalität politisch gewünscht ist, dann hat die öffentliche Hand den Universitäten den notwendigen Ressourceneinsatz abzugelten. Dass den Universitäten für Dropouts oder lange Studiendauer der „Schwarze Peter“ zugeschoben wird, wie derzeit in den Leistungsvereinbarungen mit dem Wissenschaftsministerium (BMWFW) oder in der politischen Debatte, ist unredlich. Notwendig wäre daher eine Adaptierung der gegenwärtigen Kennzahlen für die Prüfungsaktivität, an der sich derzeit die Mittelzuweisung im Rahmen der Hochschulfinanzierungsmodelle orientiert. Die politischen Implikationen der vorliegenden Studie gehen allerdings über die Zuständigkeit des BMWFW hinaus und berühren die Übergangsproblematik zwischen den letzten Klassen der AHS bzw. BHS und der Universität. Zur Sondierung des Studienfachs bietet sich vor allem in den achten Klassen der AHS eine Palette von Möglichkeiten an, darunter Schnuppertage an der Universität, der Einsatz von Studierenden als Betreuungspersonen, Mentoren/innen-Programme an Schulen und Universitäten.

Implikationen für die Arbeit der Universitäten. Die Studie und ihre empirischen Erkenntnisse legen auch Schlussfolgerungen für die eigene Adresse nahe, weshalb Initiativen im autonomen Handlungsspielraum der Universitätsleitungen als geboten erscheinen. Dazu zählen: Verbesserte Beratung/Orientierung der Studieninteressierten vor der Inskription, Ausbau bestehender Self-Assessment-Tests; Etablierung von „Testphasen“ des Studiums, individuelle zielgruppenspezifische Begleitung von Studienanfängern/innen aus bildungsfernen Schichten. Diese Aktivitäten können jedoch zum großen Teil nur bei vorhandenen Ressourcen verwirklicht werden und sind im Rahmen der Leistungsvereinbarungen finanziell zu berücksichtigen. Die Lektüre der IHS-Studie sollte somit für alle Beteiligten in der Hochschul- und Bildungspolitik ein Anstoß sein, neue Wege in der Erhöhung der Leistungsfähigkeit der heimischen Universitäten zu beschreiten.

Link zur IHS-Studie:

http://www.uniko.ac.at/modules/download.php?key=6376_DE_O&cs=EE94